

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

„Nicht ohne uns“ – 2. UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft in Berlin umsetzen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Mit Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 28. Juni 2018 hat sich Berlin der Umsetzung der 1. UN-Dekade (2015-2024) für Menschen afrikanischer Herkunft angeschlossen. Der Senat sollte dabei Maßnahmen entwickeln, die darauf zielten: (I) Aktivitäten zur Förderung der besseren Kenntnis und zur Würdigung der Kultur und Geschichte von Menschen afrikanischer Herkunft zu entwickeln und durchzuführen, (II) geeignete Maßnahmen zur Erfassung der Diskriminierung Schwarzer Menschen und/oder Menschen afrikanischer Herkunft in Berlin zu entwickeln, (III) geeignete Antidiskriminierungsmaßnahmen (mit einem Schwerpunkt auf mehrdimensionaler Diskriminierung) fortzuentwickeln und (IV) die Aufarbeitung von Berlins kolonialer Vergangenheit als Hauptstadt des Deutschen Reiches fortzusetzen.

Maßgeblich dabei war der enge Einbezug der Zivilgesellschaft und der Berücksichtigung der Perspektiven Schwarzer Menschen und/oder Menschen afrikanischer Herkunft. Gewährleistet wurde dies in der Erarbeitung durch einen Konsultationsprozess durch das wissenschaftliche Begleiteteam von Diversifying Matters der Generation ADEFRA, der in einem Abschlussbericht mit umfassenden politischen und gesellschaftlichen Handlungsempfehlungen mündete. Zur Unterstützung und Steuerung von deren Umsetzung hat der Senat eine Expert*innenkommission – das Gleichstellungsbegleitgremium zur Bekämpfung von anti-Schwarzem Rassismus – eingesetzt. Die Umsetzung dauert an.

Der Senat wird daher aufgefordert, nach dem Abschluss der 1. UN-Dekade Ende 2024 deren Ergebnisse zu sichern und die etablierten Strukturen und implementierten Maßnahmen fortzuführen und zu verstetigen.

Am 17. Dezember 2024 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine 2. UN-Dekade (2025-2034) ausgerufen. Als Co-Antragsstellerin kommt Deutschland bei dieser zweiten Dekade eine herausragende Rolle zu.

Ziel der 2. UN-Dekade ist es, die im bisherigen Prozess gewonnenen Erkenntnisse und Initiativen zu verstetigen und die Bekämpfung von anti-Schwarzem Rassismus und der dazugehörigen strukturellen Diskriminierung fortzusetzen. Zu nennen sind hier beispielsweise institutioneller und struktureller Rassismus gegen Schwarze Menschen, ihre damit zusammenhängende soziale und wirtschaftliche Benachteiligung, die Ungleichheit im Bildungs- und Arbeitssektor oder der erschwerte Zugang zu Gesundheitsdiensten und sozialen Sicherheitsnetzen.

Der Senat wird aufgefordert, seiner Verantwortung gegenüber den Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Menschen und Communitys in Berlin gerecht zu werden und sich auf die Umsetzung der 2. UN-Dekade in Berlin zu verpflichten. Dazu müssen die noch offenen Forderungen und Empfehlungen aus dem Konsultationsprozess der 1. UN-Dekade weiter umgesetzt und bestehende Lücken geschlossen werden. Dazu gehört die Ernennung einer*eines Landesbeauftragten zu anti-Schwarzem Rassismus und die Einrichtung einer W3 Professur bzw. eines Studiengangs „Intersectional Black European Studies“ an den Berliner Hochschulen im Rahmen der nächsten Hochschulverträge. Das Land Berlin hat im Bundesvergleich eine herausragende Rolle übernommen bei der Umsetzung der 1. Dekade. Es ist wichtig diese Signalwirkung zu behalten, insbesondere mit Blick auf die allgemeine Stärkung der Akzeptanz demokratischer Institutionen.

Der Senat wird des Weiteren aufgefordert, sich auf die von den Vereinten Nationen erklärten Ziele der 2. UN-Dekade zu verpflichten und weiterhin in enger Einbindung und Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft für Berlin umzusetzen: die Bekämpfung von Rassismus und systemischer Diskriminierung sowie die Förderung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Teilhabe von Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Menschen und Communitys. Im Rahmen ihrer Beteiligung sollen die Strukturen ihrer Organisationen gezielt gestärkt werden, um ihre Teilhabe und Mitgestaltung langfristig abzusichern.

Der Senat soll für die 2. UN-Dekade gemeinsam mit den Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Communitys eine Gesamtstrategie für die 2. UN-Dekade zusammen mit einem Maßnahmen- und Aktionsplan bis 2034 entwickeln. Diese Gesamtstrategie zum Abbau von anti-Schwarzem Rassismus und zur Gleichstellung von Berliner*innen afrikanischer Herkunft soll verbindlich alle Senatsressorts und die Bezirke einschließen.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmals zum 31. Dezember 2025 und danach jährlich zu berichten.

Begründung

Mit dem Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 28. Juni 2018 hat sich Berlin der Umsetzung der 1. UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2015–2024) verpflichtet. Trotz des verspäteten Umsetzungsbeginns gab es wichtige Fortschritte, aber die vollständige Umsetzung der Maßnahmen bleibt eine fortdauernde Aufgabe. Institutioneller und struktureller Rassismus sowie soziale, ökonomische oder gesundheitliche Ungleichheiten bestehen fort und erfordern weiterhin ein entschlossenes Handeln. Die von der UN-Generalversammlung am 17. Dezember 2024 ausgerufene 2. UN-Dekade (2025–2034)

bietet die Chance, bestehende Initiativen zu verstetigen, Lücken zu schließen und neue Impulse zur Bekämpfung von anti-Schwarzem Rassismus zu setzen.

Berlin trägt aufgrund seiner Geschichte als Hauptstadt des deutschen Kolonialismus und Imperialismus eine besondere Verantwortung, sich entschieden für Gerechtigkeit und Teilhabe einzusetzen.

Schwarze Menschen und Menschen afrikanischer Herkunft sind nach wie vor verschiedenen Formen von anti-Schwarzem Rassismus ausgesetzt. Sie erleben rassistische Übergriffe und (mehrdimensionale) Diskriminierung sowie gesellschaftliche und politische Ausgrenzung. Trotz des Verbots kommt es weiterhin häufig zu Praktiken wie „Racial Profiling“.

Für die Umsetzung der UN-Dekade in Berlin ist es entscheidend, die Perspektiven und Erfahrungen Schwarzer Menschen und Menschen afrikanischer Herkunft einzubeziehen. Nur mit ihrer Expertise kann ein wirksames und nachhaltiges Maßnahmenprogramm entwickelt werden.

Berlin, den 1. Juli 2025

Jarasch Graf Bozkurt Walter
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Helm Schulze Eralp
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke